



Landwirtschaft tut auch in Zukunft not – vor allem in Norddeutschland. Aber die Bauern müssen sich umstellen, neuen Zielen verpflichten.

© BilderBox.com

## Die Ziele zählen

### Agrarpolitik in Europa steht am Scheideweg

Die Coronakrise beherrscht die öffentliche Diskussion, dabei gilt es in der Agrarpolitik derzeit, die Weichen neu zu stellen. Es geht darum, ökologische und klimaschonende Ziele nicht nur zu formulieren, sondern umzusetzen. „Mehr Geld wird nicht gebraucht, aber Mut“, sagt Dr. Aloys Altmann, Präsident des Steuerzahlerbundes Schleswig-Holstein.

Rund 60 Milliarden Euro fließen jährlich in Europa in die Landwirtschaft. Es führt nicht weiter, die Bauern an den Pranger zu stellen, weil sie versuchen, die höchstmöglichen Erträge aus Flächen und Tierbeständen zu erwirtschaften. Andererseits wächst der gesellschaftliche Widerstand gegen die Missachtung des Tierwohls, viel zu hohe Nährstoffeinträge in die Böden, klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen und das Artensterben.

Die Landwirte stehen längst in einem weltweiten Wettbewerb, immer höhere staatliche Auflagen führen nur zu Ertragssenkungen bei den Betrieben, helfen aber nicht dauerhaft bei der globalen Umsteuerung. Andererseits werden in Europa rund 40 Milliarden Euro ohne jede Gegenleistung, abhängig nur von der Fläche, verteilt. Dieses

Geld kommt zu einem großen Teil nicht dem hart arbeitenden Landwirt zugute, sondern fließt an die Flächeneigentümer. Es kann aber nicht sein, dass die Steuerzahler Milliarden ausgeben, die vor allem großen Landbesitzgesellschaften nutzen und die Pachtpreise der Landwirte in die Höhe treiben, mahnt Altmann als Anwalt der Steuerzahler.

Es braucht eine neue EU-Förderpolitik ohne leistungslose Direktzahlungen im bisherigen Umfang. Genau über diese und andere wichtige Fragen wollten wir auf unserer Delegiertenversammlung im Herbst 2020 diskutieren – Corona machte uns einen Strich durch die Rechnung. Die vorgesehenen Referenten Werner Schwarz (Präsident des Bauernverbandes SH) und Prof. Dr. Friedhelm Taube (Institut für Pflanzenzüchtung und Pflanzenbau der Kieler Uni) haben uns kurze Statements zur Verfügung gestellt. Von Jan Philipp Albrecht (Landwirtschaftsminister) dagegen haben wir bis zum Redaktionsschluss leider kein entsprechendes Papier erhalten.

Soweit vorhanden, finden unsere Leser die nunmehr gedruckte Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft auf den Seiten 2 und 3.

### Im Nord-Kurier lesen Sie:

#### Politiker engagiert sich im Steuerzahlerbund HH



Michael Kruse (Bild) engagiert sich neu im BdSt Hamburg. Er war bis zur Bürgerschaftswahl Vorsitzender der FDP-Fraktion und er lässt offen, ob seine Karriere in der Politik weitergehen wird. Wir stellen den Mann vor mit einem Interview auf **Seite 4**

#### M-V: Finanzminister stellt sich den Fragen



Mecklenburg-Vorpommerns Finanzminister Reinhard Meyer (Bild) hat sich in einer Videokonferenz unseren Fragen gestellt. Dabei ging es nicht nur um die Rekordverschuldung, sondern auch um die brisante Frage, wie viel Geld das Land noch in die Werften stecken will und kann. **Seite 6**

*Wir wünschen zur Weihnacht und zum neuen Jahr allen Lesern Gesundheit!*

# Verursacherprinzip muss wieder gelten

Prof. Friedhelm Taube von der Uni Kiel warnt vor Wettbewerbsverzerrungen

**Der Agrarsektor in Deutschland ist von hoher Leistungsfähigkeit und internationaler Konkurrenzkraft geprägt. Insbesondere die Sektoren der Getreide- und Milcherzeugung sowie der Geflügel- und Schweinefleischerzeugung und deren Veredelungsprodukte sind auf den heimischen wie Weltmärkten offensichtlich konkurrenzfähig. Bei einem in den letzten 10 Jahren gestiegenen Selbstversorgungsgrad von weit über 100% ist die Produktionsfunktion des Sektors erfüllt, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Wertschöpfung des Sektors trotz Strukturwandels stabil hoch ist. Pacht- und Landpreise als Ausdruck der Kombination aus Wertschöpfung und unternehmerischen Erwartungen an die Zukunft sind massiv angestiegen, haben zu einer erheblichen Zunahme der Vermögenswerte geführt.**

Im Gegensatz dazu sind die bereits in der Gemeinsamen Agrarpolitik von 2003/2005 in den europäischen Verträgen fixierten Querschnittsaufgaben wie Umsetzung der Ziele der europäischen Umwelt- und Klimaschutzpolitik durchgehend nicht erfüllt: Die Stickstoffüberschüsse verharren auf zu hohem Niveau von knapp 100 kg N/ha, die sozialen Kosten der Belastung der Gewässer und der Luft sowie der Verlust von Indikatorarten der Biodiversität in Agrarlandschaften werden auf die Gesellschaft überwältigt und nicht nach dem Verursacherprinzip umgelegt. Würden die durch die Landwirtschaft in Deutschland verursachten Umweltschäden (European Nitrogen Assessment Report der EU von 2011) allein den Einflussfaktor Stickstoff betreffend in Deutschland umgelegt, so wären Größenordnungen zwischen 200-300 Euro/ha anzusetzen. Mit anderen Worten wird die an „Cross compliance“ gebundene Auszahlung in der ersten Säule für die Steuerzahler in etwa verdoppelt.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist die nicht erfolgte politische Umsetzung der Querschnittsaufgaben in der EU-Agrarpolitik: Die Einflussnahme der Agrarverbände hat dazu geführt, dass die Mittel aus der ersten Säule weitgehend konditionslos im Hinblick auf Umweltziele fließen, also Subventionen für Hektare oder konsequenter

formuliert, auch Subventionen für Landbesitzer, weil bis zu 70% dieser Zahlungen auf den Pachtpreis überwältigt werden.

Auf nationaler Ebene werden die Fehlentwicklungen nicht gedämpft, sondern noch zusätzlich zulasten der Steuerzahler und Umwelt verstärkt. Beispiele:

Die Dürrehilfen 2018, wenig transparent, haben enorme Transaktionskosten des Staates verursacht und nach Intervention des Deutschen Bauernverbandes weitere Subventionen aufgrund von ‚Dürre‘ zur Folge gehabt: Erst die quasi Streichung der Versicherungssteuer von 19% für Mehrgefahrenversicherungen im Sektor im Jahr 2019, gefolgt von der Forderung des Bauernverbandes, diese Mehrgefahrenversicherungen in der Größenordnung von einer halben Milliarde Euro p.a. seitens des Staates zu stützen. Diese Subventionen verhindern, dass Anpassungsmechanismen in Form reduzierter Pachtpreise dort greifen, wo die Ertragsstabilität aufgrund häufiger Wetterextreme leidet. Mit all diesen Mitteln werden bisher nicht nachhaltige Produktionssysteme zusätzlich gestützt.

Gleiches gilt für die viele Jahre praktizierte Einlagerung überschüssiger Milcherzeugnisse als Milchpulver bei Preisdruck. Tatsächlich führt dies zu schleppenden Erholungen der Milchpreise auf den Weltmärkten. Wenn positive Preissignale erkennbar sind, drängen eingelagerte Mengen zusätzlich auf den Markt, dämpfen die Erholung der Weltmarktpreise. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen für Landwirte in Australien oder Neuseeland, die ohne Subventionen wie in der EU und ohne Aufkauf-/Einlagerungsprogramme existieren müssen.

Was heißt das für die Zukunft? Zum einen ist das Paradigma der „nachhaltigen Ertragssteigerungen“ ebenso zu hinterfragen, wie der Umfang des Exports von Agrar-Commodities, solange deren hohe Umweltkosten nicht stark reduziert werden. Wir postulieren daher ein neues Paradigma der „ökologischen Intensivierung“: Primär sollen Produktionssysteme entwickelt und gefördert werden, die die Umweltkosten

drastisch reduzieren – dazu können auch Reduzierungen des Produktionsumfangs in Kauf genommen werden, insbesondere solange der volkswirtschaftliche Gewinn als Differenz aus reduzierten Umweltkosten und entgangenem Nutzen der reduzierten Produktion gegeben ist.

Angesichts der Tatsache, dass die Erträge von fast allen Ackerkulturen in Deutschland (bis auf Zuckerrüben) seit 20 Jahren stagnieren, trotz nach wie vor sehr hoher Investitionen des Staates in Forschung und Beratung, macht deutlich, dass das bisherige Paradigma („Ertragssteigerungen“) zu teuer wird. Dies umso mehr als im Klimawandel die Ertragsstabilität der derzeitigen Hauptkulturen auf den deutschen Äckern weiter abnimmt und bei gleich hohen Intensitäten der Bewirtschaftung die Nährstoffüberschüsse ein Problem bleiben. „Smart farming“ und „digital agriculture“ werden das allein nicht ändern – es braucht einen übergeordneten Ansatz, in dem diese technischen Innovationen Wirkung entfalten können.

Wir leiten daraus Ansätze einer Hybrid-Landwirtschaft ab, die konkrete Elemente des ökologischen und konventionellen Landbaus kombiniert (z.B. sechsgliedrige Fruchtfolge mit drei Jahren ökologischer, gefolgt von drei Jahren konventioneller Produktion). Die „ökologischen Jahre“ könnten als Umstellungsware vermarktet werden und der daraus insgesamt resultierende positive Effekt für die Umwelt und das Gemeinwohl wird dem Landwirt, der diese Gemeinwohlleistungen erbringt, in Form einer Gemeinwohlprämie vergütet. Dieser Gemeinwohlprämienansatz ist in einem entsprechenden Modell des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege ausformuliert, getestet und inzwischen praxisreif. Ein solcher Ansatz, mit einem „Ökopunktemodell“ ausgestattet, sollte zum Maß aller Dinge in der EU-Agrarpolitik werden, um Leistungen des Staates nur für dokumentierte zusätzliche Gemeinwohlleistungen zu zahlen.

Gleiches gilt für das Tierwohl und den Verbrauch von Nahrungsmitteln tierischer  
*Fortsetzung nächste Seite*

# Wir sind auf Akzeptanz angewiesen

Werner Schwarz, Präsident des Bauernverbandes SH, wirbt um Verständnis

Seit einem Jahr verschaffen Landwirte sich mit Schlepper-Demonstrationen Gehör. Doch bleiben die Erfolge bisher aus. Wie kommt das? Eine Ursache nenne ich den „Fluch der guten Tat“: Wir alle werden seit Jahrzehnten sicher satt. In dem Moment aber, wo die Ernährungssicherung als treibendes Element wegfällt, treten Sekundärziele stärker hervor: Biodiversität, Tierwohl, Gewässerschutz und Klimaschutz.

Während man uns aber für Lebensmittel bezahlt und damit ein Auskommen ermöglicht, werden diese Ziele oft per Gesetz festgeschrieben und verursachen Kosten, die wir wiederum dem Lebensmittel nicht auflasten können. Ich erinnere dazu an die Widersprüchlichkeit, die sogenannte „Massentierhaltung“ abzulehnen, aber Fleisch zu Billigpreisen zu kaufen.

Dennoch: Wir sind bei aller Widersprüchlichkeit auf eine gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen, vielleicht sogar mehr denn je zuvor. Und ganz deutlich entsprechen manche Arbeitsweisen der modernen Landwirtschaft nicht mehr den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen also versuchen, gesellschaftliche Vorstellungen und die Art und Weise unserer Arbeit soweit wie möglich zur Deckung zu bringen.

Es geht nicht darum, jeglicher Forderung nachzugeben. Aber die Dinge, die wir zur Erfüllung dieser Sekundärziele leisten können, sollten wir von uns aus erbringen. Das ist der Gedanke hinter der Initiative „Veränderung gestalten“ des Bauernverbandes

Schleswig-Holstein. Wir wollen diesen Weg weitergehen:

Dort, wo wir nicht gut sind oder es Missstände gibt, müssen wir diese von uns aus abstellen. Hier müssen wir noch besser und schneller werden.

Über weitergehende Forderungen führen wir einen offenen Dialog. Diesen Prozess haben wir mit unserem Vorschlag eines

Kommissionspräsidenschaft gemacht. Die Vorschläge in der Farm-to-Fork-Strategie sind drastisch. Im Zentrum steht der Vorschlag, den Einsatz landwirtschaftlicher Betriebsmittel zu verringern bis zum Jahr 2030 und zwar bei

- chemischen Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffverlusten um 50 %,
- bei Düngemitteln um mindestens 20 % und
- bei Antibiotika um 50 %.



© BilderBox.com

Ich möchte diese herausfordernden Vorschläge soweit wie möglich konstruktiv begleiten. Dazu braucht die Landwirtschaft aber eine wirtschaftliche Perspektive. Ökonomen wissen, dass nationale Alleingänge einen Wettbewerbsnachteil für inländische Unternehmen bedeuten und fordern eine ausgleichende Belastung der Importe. Das fordern wir für die Agrarpolitik schon lange: Einen Ausgleich für erhöhte Auflagen, damit wir im Wettbewerb bestehen können.

Paktes für Landwirtschaft, Klima und Umwelt begonnen und führen ihn unter Federführung des Kieler Landwirtschaftsministeriums weiter.

Müssen wir bei potentiell offenen Märkten in Deutschland höhere Standards einhalten, dann brauchen wir eine Vergütung des Mehraufwandes. Ich nenne beispielhaft die Initiative Tierwohl oder die Vorschläge der Borchert-Kommission.

Ursula von der Leyen hat mit dem „Green Deal“ die Umwelt- und vor allem die Klimapolitik zum zentralen Anliegen ihrer EU-

Die Direktzahlungen erfüllen bislang diese Funktion. Sie sind aber durch die bestehenden Auflagen längst ausgeschöpft und werden zudem eher abgebaut. Wenn es keinen Ausgleich für mehr Auflagen gibt, muss gewährleistet werden, dass höhere Inlandsstandards auch hinsichtlich der Prozessqualität nicht durch importierte Waren unterlaufen werden. Ob dieser Grundsatz beachtet wird, werden wir aufmerksam begleiten. Auf jeden Fall brauchen wir einen Weg, um gesellschaftliche Forderungen und landwirtschaftliche Notwendigkeiten wieder zusammenzuführen. Wir sollten es versuchen.

## Verursacherprinzip...

Fortsetzung von Seite 2

Herkunft, so wie es mit der Vorlage des Ernährungsgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundeslandwirtschafts-

ministerium postuliert worden ist. „Öko und mehr“ auf der Produktionseite muss komplementär entwickelt und umgesetzt werden zu „weniger und besser“ bezüglich des Anteils tierischer Produkte auf dem Teller.

In beiden Bereichen ist der Staat deutlich überzeugender gefordert als bisher.

# Warnung vor Schaden durch „Lock down-Light“

## FDP-Politiker Michael Kruse engagiert sich beim Steuerzahlerbund

Der Bund der Steuerzahler ist um ein prominentes Mitglied reicher. Der FDP-Politiker Michael Kruse (36) ist dem Verband beigetreten, um ihm Rückenwind zu geben. BdSt Hamburg-Pressereferent Sascha Mummenhoff sprach mit dem erfolgreichen Unternehmer Kruse unter anderem über die aktuelle Corona-Politik des Senats aber auch über seine Zukunftspläne.

### *Können Sie sich an Ihren vorerst letzten Tag als Mitglied der Bürgerschaft erinnern?*

Ja, das war Mitte März und ich hatte ein Dankessen für meine Wahlkampf helfer geplant. Das musste ich dann wegen Corona absagen, die Maßnahmen waren gerade erlassen worden. Mein Abschiedstermin beim Bürgermeister war das Gespräch, in dem den Fraktionsvorsitzenden die weitreichenden Freiheitseinschränkungen verkündet worden sind.

### *Wie enttäuscht Sie sind, dass Sie nicht mehr dabei sind?*

Die Wähler haben entschieden, dass wir eine parlamentarische Pause einlegen sollen. Aber mit 36 bin ich noch jung genug für ein Comeback, wenn mir danach ist. Ich ziehe mich jetzt nicht aufs politische Altenteil zurück (*lacht*).

### *Wie sah eine typische Arbeitswoche aus, als Sie noch Fraktionsvorsitzender der FDP waren?*

Die Tage begannen früh und endeten spät. Morgens Presselage und Pressearbeit, mittags Verabredungen mit Unternehmern und Verbändevertretern, danach Vorbereitung von Ausschüssen und Parlament, abends die dazugehörigen Sitzungen, danach meist noch ein bis zwei Empfänge. Am Wochenende oft Pressearbeit und Parteitermine.

### *Dann haben Sie jetzt viel Freizeit? Was genau machen Sie jetzt?*

Anfangs war das so, denn durch den Lockdown Mitte März sind viele politische Termine abgesagt worden. Allerdings ist mir nicht langweilig geworden. Zunächst habe ich mein Haus fertig gebaut. Seitdem konzentriere ich mich stärker auf mein unternehmerisches Engagement. Meine Firma berät bei der Statistik für klinische Studien. Wir entwickeln dafür eigene Software. Bis vor einem halben Jahr konnte sich darunter niemand etwas vorstellen und ich musste

immer erläutern, was das ist. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie weiß jeder, wie wichtig diese Arbeit ist.

*Sie besetzten bei der FDP Themen wie Wirtschaftspolitik (Hafen, Handwerk und Industrie). Daneben waren Sie für den Bereich der öffentlichen Unternehmen zuständig. Alles Bereiche, bei denen der aktuelle Senat nicht gerade ein gutes Bild abgibt. Oder sehen Sie das anders?*



Das ist vollkommen richtig. Mir war bereits mit Beginn der Pandemie klar, dass jetzt eine Zeit beginnt, in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik wieder von entscheidender Bedeutung sein würde. In den vergangenen Jahren lag für wenige Menschen der Fokus auf diesen Themen. Es waren allerdings die Jahre, in denen man die Spielräume hätte nutzen müssen.

### *Mitte Oktober hat der Senat den Haushaltsplan 2021/2022 vorgestellt. Wie bewerten Sie den Haushalt?*

Ich finde es verständlich, dass der Senat versucht, sich der Krise entgegen zu stellen. Allerdings kann ich außer dem Prinzip „viel hilft viel“ nicht erkennen, was die Linie des Senats ist. Mir fehlt ein klares Signal, dass der Senat in Zeiten wegbrechender Steuereinnahmen auch versucht, die Ausgaben im Griff zu halten und überprüft, wo er effizienter agieren kann. Ein Bürgermeister, der das Wort „Aufgabenkritik“ nicht kennt und ein Finanzsenator, der jeden Tag mehrere Fotos auf Terminen macht, bei denen er neue Ausgaben verkündet: Das ist keine heilsbringende Kombination. Die Tatsache, dass Staaten ihre Haushalte nicht im Griff hatten, hat erst zur künstlichen Verbilligung von Geld geführt. Dass der Staat sich jetzt also

günstig verschulden kann, passiert auf dem Rücken der Privaten: Längst erreicht uns die Inflation über steigende Wohnkosten, weil viel billiges Geld in diesen Bereich fließt. Die Stadt macht sich abhängig von billigen Geld und das ist nicht gut.

### *Alles steht im Zeichen der Corona-Krise. Welche Stellschrauben würden Sie persönlich stellen, um Hamburg durch die Krise zu manövrieren?*

Für den städtischen Haushalt ist eine Aufgabenkritik, für das Management der Krise gezielte Maßnahmen wichtig. Wir wissen heute mehr über das Virus als zu Beginn. Ich halte eine Strategie der gezielten Quarantäne von Risikogruppen und das konsequente Einhalten von Händehygiene und Mundschutz für eine gute Strategie. Einen „Lockdown-Light“ halte ich nicht für klug, denn die Schäden, die dadurch entstehen, sind immens. Das massenhafte und unnötige Ruinieren wirtschaftlicher Existenzen hat gesundheitliche Folgen, die nicht leichtfertig unterschätzt werden sollten.

### *Das Mantra von Bürgermeister Peter Tschentscher und Finanzsenator Andreas Dressel lautet: „Wir wollen in der sich zuspitzenden Corona-Lage weiterhin nicht gegen die Krise ansparen.“ Wie denken Sie über diesen Ansatz?*

Der Satz klingt gut, aber es heißt ja bekanntlich: „An ihren Taten sollt ihr sie messen.“ Und da fehlt mir ein Konzept. In der Kommunikation des Senats hieß es, es solle jetzt der Bau von Radwegen vorgezogen werden. Ob das den Gastronomen, Kreativen und Solo-Selbstständigen hilft, die jetzt betroffen sind, kann man bezweifeln. Was der Senat gerade tut, ist nicht zielgerichtet. Die von den städtischen Maßnahmen besonders betroffenen Gruppen – Restaurantbesitzer beispielsweise – wollen übrigens keine Almosen vom Staat. Sie wollen, dass der Staat dafür sorgt, dass sie ihrem Geschäft nachgehen können. Und sie fragen jetzt zurecht, warum sie das nicht mehr können, obwohl sie sich an alle Regeln gehalten haben.

### *Man merkt Ihnen an, dass Sie noch voller Begeisterung für Politik sind. Gibt es demnächst ein Comeback?*

Ich fühle mich momentan sehr wohl in meiner Rolle als Unternehmer. Ich habe viele

*Nachhaltig: Alexander Montana, Geschäftsführer der regiomaris GmbH, erkundet Regionen wie Pellworm am liebsten mit dem Fahrrad*

# Erlebnis Kurztrip

**Alexander Montana, Geschäftsführer der regiomaris GmbH, hat sich mit seiner Firma auf erlebnisreiche Ausflüge und Kurztrips nach Schleswig-Holstein und Skandinavien spezialisiert. Ein Urlaub auf der Insel Pellworm etwa ist für Montana wie ein Ausflug in eine andere Welt.**

Die Erholung beginne bereits während der Zugfahrt mit dem Schleswig-Holstein-Tarif nach Husum. Im Sommer gleitet der Reisende auf der Fähre entlang der malerischen nordfriesischen Insel- und Halligwelt auf Pellworm zu – vorbei am Wattenmeer und an Seehunden. Andererseits kann man im Herbst an klaren Wintertagen den rauen Wind im Gesicht spüren und Naturgewalten hautnah erleben. „Ein langer Spaziergang an der frischen Seeluft ist auch im Winter wunderbar erholsam,“ schwärmt der Reiseexperte und weist darauf hin, dass viele Menschen seit der Corona-Krise ausgedehnte Spaziergänge wieder entdeckt haben. Nicht allein deshalb war der Urlaub auf der Hallig im Sommer und auch im Herbst Montana zufolge sehr begehrt. Reisen im eigenen Land sind mittlerweile in Deutschland ein Dauerbrenner. Montana liegt dabei Nachhaltigkeit ganz besonders am Herzen: „Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, eine Alternative zu Auto oder Flugzeug zu schaffen. Deshalb werden alle Reisen, die wir anbieten, mit öffentlichen Verkehrsmitteln organisiert, das Leihfahrrad ist inklusive und das Gepäck wird abgeholt.“

Montana selbst verreist auch am liebsten mit dem Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln. Das ist nicht zuletzt auf seinen Werdegang zurückzuführen. Nach dem Studium der Verkehrswirtschaft und Logistik war Montana bei einem Verkehrsunternehmen in Süddeutschland tätig. Da ihn die Kombi-

nation aus öffentlichen Verkehrsmitteln und Reisen schon immer faszinierte, gründete er die regiomaris GmbH. „Unsere Reisen an die Nordsee mit Hotelübernachtung sind immer klimaneutral“, erklärt Montana. Außerdem unterstützt jeder Reisende mit seiner Buchung Klimaschutzprojekte. Etwa Biogasanlagen für ländliche Haushalte in Indien. Alle Ausflüge beinhalten bereits die Bahnfahrt, oft ein Mittagessen sowie Zusatzleistungen wie eine geführte Wattwanderung, eine Stadtführung, eine Schifffahrt oder Eintritt in eine touristische Attraktion. Bei der regiomaris GmbH entfällt die Provision, die Reisebüros veranschlagen. „So können wir diesen Preisvorteil an unsere Kunden weitergeben.“ Selbst wenn der Reisende mit dem Auto zum Fährhafen fährt, sorgt der Reiseveranstalter für Mobilität vor Ort. Entweder wird ein Shuttle angeboten oder man nutzt den Linienbus, der im Preis inbegriffen ist. „Viele unserer Kunden sind begeistert von diesem Service.“ Reisende zur Insel Amrum etwa schätzen, dass sie während ihres Besuchs kostenfrei den Inselbus nutzen können. Umweltbewusstsein pflegt Montana auch in seinem Büro. „Mit der Flexibilität und der Nachhaltigkeit leisten wir als kleines Unternehmen einen wichtigen Beitrag insbesondere für Schleswig-Holstein und wir stärken den öffentlichen Verkehr.“ Außer seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der regiomaris

GmbH engagiert sich Montana als Vorstandsmitglied im Verkehrsclub Deutschland Landesverband Nord e.V.

Bereits vor einigen Jahren hatte Montana ein alternatives Verkehrskonzept für Hamburg vorgestellt, das die vorhandenen Schnell- und Regionalbahnen besser verknüpft.

Montana zufolge braucht die Stadt Hamburg einen bezahlbaren und attraktiven öffentlichen Nahverkehr, damit möglichst viele Hamburger freiwillig das Auto stehen lassen. „Verkehr und Klimaschutz sind eine riesige Herausforderung. Mir liegt am Herzen, dass wir jetzt schauen, wie wir mit möglichst niedrigem Einsatz an Steuermitteln möglichst viel CO<sub>2</sub> einsparen können.“

In diesem Zusammenhang leistet die Öffentlichkeitsarbeit des Bundes der Steuerzahler und die Veröffentlichung des Schwarzbuchs einen wichtigen Beitrag, findet Montana.

„Dass die Verschwendung der Steuergelder aufdeckt wird und der Finger in die Wunde gelegt wird, finde ich grundsätzlich positiv“, sagt er. Damit komme den Verbänden eine wichtige Rolle zu. „Manchmal muss man eben mutig sein und sich engagieren.“ Und durch dieses Engagement könne man der Gesellschaft auch wieder ein bisschen was zurückgeben.“

**Angela Sundermann**

[Sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Sundermann@steuerzahler-hamburg.de)

Freiheiten und einige interessante Projekte. Deshalb habe ich mich noch nicht entschieden, ob ich im nächsten Jahr für den Bundestag kandidiere.

**Lassen Sie uns zum Schluss noch etwas privat werden.**

**Ihr Lieblingsplatz in Hamburg:** Neuerdings mein neu gebautes Haus.

**Ihr politisches Vorbild:** Alle Menschen, die sich voller Überzeugung für ihre Ideale einsetzen.

**Ihre Hobbys:** Derzeit fließt viel Zeit in die Erziehung unserer Hündin. Sie kommt von den Straßen Rumaniens.

**Sascha Mummenhoff**

[Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)

## Das ist Michael Kruse:

Michael Kruse engagiert sich seit vielen Jahren in der FDP, war zuletzt ihr Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher. Seit dem angekündigten Abgang von Katja Suding ist er der profilierteste Kopf der Liberalen in Hamburg.

# Corona erklärt nicht alles

*Schwerin: Steuerzahlerbund fordert Haushaltsdisziplin des Landes ein*

**Auf Initiative des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern hat eine Videokonferenz mit Finanzminister Reinhard Meyer stattgefunden, an der der Präsident Reiner Holznagel und der Landesvorsitzende Knud Bernitz teilgenommen haben. Themen wie Haushalt und Haushaltsdisziplin in Krisenzeiten und ein einfaches und aufkommensneutrales Grundsteuermodell nahmen breiten Raum ein.**

Bereitwillig erläuterte der Minister sein Vorgehen beim Grundsteuermodell. Er stellte klar, dass das Land voraussichtlich das Bundesmodell übernehmen wird. Es ist das aufwendigste Modell, auch weil es alles sieben Jahre nachjustiert werden muss. Aber leider sei das Land aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage, ein eigenes Modell auf den Weg zu bringen.

Wir empfehlen das Flächenmodell in Anlehnung an Niedersachsen, einfach und transparent. Entscheidend wird sein, dass die Kommunen verantwortungsbewusst die Hebesätze einsetzen, damit eine Aufkommensneutralität gewahrt wird. Aufkommensneutralität bedeutet aber nicht, dass der Einzelne nicht mehr einzahlen werde. Schließlich ging es dem Bundesverfassungsgericht um mehr Steuergerechtigkeit. Der Minister will die Vorarbeiten zur Umsetzung des Grundsteuermodells intensivieren.

Beim Thema Haushaltsdisziplin verteidigte der Minister das Vorgehen der Koalition. Wir erinnern uns: Die Landesregierung hat sich im September auf eine Neuverschuldung von 2,15 Milliarden Euro zur Linderung der Folgen der Corona-Pandemie geeinigt. Zusammen mit den schon beschlossenen Maßnahmen sind es dann 2,85 Milliarden Euro. Das ist fast ein Drittel des Landeshaushalts und Geld auf Pump. Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. hatte dieses Vorgehen heftig kritisiert, denn die neuen Schulden sind vielfach nicht Corona-bedingt. Vielmehr offenbaren sich hier Defizite, die sich über viele Jahre aufgebaut haben.

Im Hinblick auf die vom Bund der Steuerzahler befürwortete Schuldenbremse weisen wir auf eventuell mögliche Probleme mit der verfassungsgemäßen Umsetzung des Nachtragshaushaltes hin.

In der Diskussion ließ der Finanzminister Meyer keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der bisherigen Beschlüsse aufkommen. Er sagte: „Die Landesregierung hält sich mit dem Nachtragshaushalt an die engen Vorgaben der Schuldenregel in der Landesverfassung. Sämtliche Corona-bedingten Ausgaben werden transparent über das



Finanzminister Reinhard Meyer  
© Landesregierung M-V

eigens dafür eingerichtete Sondervermögen abgebildet.“ Er sicherte auch zu, dass über einen Tilgungsplan von 2025 bis 2044 diese Schulden wieder abbezahlt werden. Gleichwohl gestand der Minister ein, dass insbesondere die im Nachtragshaushalt eingestellten Mittel z.B. für Sanierung von Verwaltung, Digitalisierung, Gesundheit, Justiz und Polizei nicht alle auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind. Diese Defizite haben sich jedoch als gravierend herausgestellt. Das hat die Landesregierung erkannt. Sie will durch Bereitstellung der entsprechenden Mittel diese Probleme lösen und Innovationen ermöglichen.

Der Präsident zeigte Verständnis für die Aufnahme der neuen Schulden, forderte aber zugleich vom Land, das Sparen nicht zu vergessen. Einig waren wir uns, dass die Infrastruktur des Landes nun nachhaltig ge-

stärkt werden muss und alle zu fördernden Investitionen auf den Prüfstand gehören.

Bei allem Verständnis fordern wir dennoch deutlich mehr Selbstkritik von der Landesregierung. Corona wird dazu benutzt, um Versäumnisse der Vergangenheit mit immer mehr Geld vergessen zu machen. Der Steuerzahler wird dieses über viele Jahre durch Gebühren- und Abgabenerhöhungen zu spüren bekommen.

Auch beim Thema industrieller Standort Mecklenburg-Vorpommern erkennen wir

Defizite in der Wirtschaftspolitik. Als Beispiel haben wir im Gespräch die Problematik der Werften angeführt. Sie haben das Land in den 30 Jahren des Bestehens durch den Ausfall von Bürgschaften fast eine Milliarde Euro gekostet. Erkennbar war immer, dass die Wettbewerbsnachteile gegenüber den asiatischen Märkten nicht ausgeglichen werden konnten. Die Werften beantragten sofort Hilfen aus dem Corona-Rettungsschirm, obwohl deren Probleme schon vor der Pandemie hausgemacht waren. Zum Beispiel sollte die „Crystal Endeavor“ der Stralsunder Werft schon zu Beginn des Jahres ausgeliefert werden. Statt also den Zulieferern der Werften und den Werftmitarbeitern

durch gezielte Förderung neue Perspektiven aufzuzeigen, beharrt das Land auf seinem Werftenstandort. Künftig sollen Universal-Kreuzfahrtschiffe gebaut werden. Zukunftssicherung sieht anders aus.

Strukturveränderungen dürfen nicht verschlafen werden. Strukturerehaltene Subventionen, wie bei den Werften, befördern nicht den Transformationsprozess. Bei einem „Weiter so“ wird das Land immer nur den Entwicklungen hinterherlaufen.

Insgesamt gab es ein offenes und konstruktives Gespräch, in dem beide Seiten auch um Verständnis für die jeweilige Seite warben. Wir werden die Landesregierung weiter kritisch begleiten.

**Knud Bernitz, Landesvorsitzender**  
[info@steuerzahler-mv.de](mailto:info@steuerzahler-mv.de)

Hier soll die Warnow-Brücke entstehen – der Steuerzahlerbund Mecklenburg-Vorpommern aber kritisiert, mögliche Alternativen seien nicht hinreichend geprüft worden.  
© Michaela Skott



## Teure Brückenpläne

### BUGA: Der Erfolg ist nicht gesichert

**Dieser Fall hat für viel Wirbel gesorgt: Die Pläne der Hansestadt Rostock zum Bau der Warnow-Brücke. Im Herbst fasste die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock endgültig den Beschluss über die Projekte für die Bundesgartenschau (BUGA) 2025.**

Bundesgartenschauen sind in erster Linie langfristig angelegte Infrastrukturprojekte, bei denen viele Fördergelder und damit Steuermittel fließen. Die Bundesgartenschau nach Rostock zu holen, das war nicht unumstritten. Denn man weiß auch, dass diese Veranstaltungen oft mit einem finanziellen Verlust enden.

Aktuellen Schätzungen zufolge werden Bau und Planung der Brücke rund 36 Mio. Euro kosten. Rund ein Prozent der Baukosten wird Rostock dann für die BUGA-Brücke jährlich an Unterhaltungskosten benötigen. Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. hatte diese Pläne noch im Vorfeld der entscheidenden Bürgerschaftssitzung deutlich kritisiert. Der Grund:

Aus unserer Sicht ist es der Stadt nicht gelungen, mögliche Brückenalternativen, wie etwa innovative Fährverbindungen, in hinreichender Weise ernsthaft zu prüfen, obwohl der Mobilitätsplan Zukunft Rostock (MOPZ) diese Lösung als gleichwertige Alternative anerkennt.

Zu unserer Kritik, der Fall steht mittlerweile im Online-Schwarzbuch zur Ansicht zur Verfügung, erhielten wir neben einem großen Presseecho außergewöhnlich viele Rückmeldungen von Befürwortern aber auch Gegnern der Brückenidee. Ebenso haben sich Entwickler und Unternehmen mit konstruktiven Vorschlägen und Ideen für den Brückenbau, aber auch für Fährlösungen gemeldet. Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern wird die Entwicklungen weiterhin aufmerksam verfolgen.

[www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de)

**Michaela Skott**  
[presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)

## Mitgliederversammlung:

## Online

Im Oktober 2020 hat die 30. Mitgliederversammlung des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden. Der Vorstand nutzte die rechtliche Ausnahme genehmigung und entschied sich für eine reibungslose Durchführung mit größtmöglicher Sicherheit – die Online-Veranstaltung. Der Landesvorsitzende Knud Bernitz legte einen ausführlichen Rechenschaftsbericht vor, in dem er über die Aktivitäten im Jahr 2019 informierte. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates ergänzte die Ausführungen und informierte über die Tätigkeit des Verwaltungsrates. Nach einer Aussprache wurden Vorstand und Verwaltungsrat entlastet. Anschließend stand die Neuwahl des Verwaltungsrates auf der Tagesordnung. Die Mitgliederversammlung bestätigte den Vorsitzenden des Verwaltungsrates Christian Rosenkranz und die Verwaltungsrätin Waldtraud Stolle-Beneke einstimmig. Neu in das Gremium gewählt wurde der Rostocker Steuerberater Henning Dierks. Die Steuerberaterin Christine Koch wurde als Abschlussprüferin bestätigt.

## Exklusiv für Mitglieder

Gemeinsam mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz bieten wir seit Oktober interessante Informationsveranstaltungen (Online-Vorträge via Zoom). Die Teilnahme ist kostenlos. Die aktuellen Themen finden Sie stets auf unserer Homepage unter:

[www.steuerzahler.de/mecklenburg-vorpommern](http://www.steuerzahler.de/mecklenburg-vorpommern).

Sie möchten gerne in den Verteiler aufgenommen werden und alle Einladungen auch per E-Mail erhalten? Schreiben Sie uns eine E-Mail an [service@steuerzahler-mv.de](mailto:service@steuerzahler-mv.de) oder rufen Sie uns an: Tel. 0385 - 20 22 19 60.

# Blick durch den Norden



Die Landwirte haben derzeit tatsächlich Grund zum Klagen. Zwei Dürrejahre folgte ein drittes Jahr mit deutlich zu wenig Regen, das Coronavirus beeinträchtigt nachhaltig die Absatzchancen und dann kam im Herbst noch die Vogelgrippe dazu.

Allein letztere Hiobsbotschaft hätte – normale Zeiten vorausgesetzt – breiten Raum in der Berichterstattung eingenommen. Schließlich geht es für die Geflügelzüchter ums Überleben, wenn diese Tierkrankheit in großem Maßstab von den wilden Vögeln überspringt auf die Bestände.

Dass die Zeiten nicht normal sind, das Virus nicht nur die Existenz von Restaurants und Einzelhandel bedroht, auch die Landwirte bangen lässt, ist leicht nachvollziehbar. Wie sehr aber die Pandemie sich auswirkt, kann man auch direkt am Wasser von Elbe und Weser beobachten. HHLA, Eurogate und BLG haben ernsthaft verhandelt darüber, in der Krise enger zusammenzurücken.

Hamburg und Bremen in einem Boot, das ist angesichts der

jahrhundertealten Konkurrenz der beiden größten Städte an der Küste und der beiden größten Häfen doch eine neue Qualität. Zumal es auf dem Umweg über Bremen, Eurogate und die BLG letztlich auch um den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven geht, dessen Existenz in Hamburg lange Zeit nicht oder nur zähneknirschend zur Kenntnis genommen worden ist.

So groß sind in Norddeutschland die Sorgen, dass sogar die Präsidentenwahl in den USA in vielen Nachrichtensendungen auf dem zweiten Platz landete. Die zweite Coronawelle und die Reaktion der Behörden auf die erneute dramatische Zunahme der Infektionen schlug sogar die Bemühungen des noch amtierenden Präsidenten Donald Trump, Zweifel zu säen an der Auszählung der Wählerstimmen. So wichtig es auch ist, wer künftig in den USA regiert, die Coronazahlen bestimmen derzeit das Leben in Deutschland.

Schwindelerregend aber sind zumindest teilweise auch die Beträge, mit denen die Landesregierungen in Hamburg, Kiel und Schwerin versuchen,

gegenzusteuern. Und weil nicht einmal das Coronavirus geeignet ist, Politiker umzupolen, versuchen sie weiter eifrig, mit dem vielen Geld auch andere (eigene) Ziele zu verfolgen.

In Mecklenburg-Vorpommern etwa geht es um die Werftindustrie und die Frage, ob die Eigentümer bereit sind, auch eigenes Geld einzubringen für den Versuch, Arbeitsplätze in der Branche zu sichern. Und was die Bauern überall im Norden angeht, so gilt es darauf zu achten, dass Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre nicht zementiert werden unter dem Deckmantel der Nothilfe.

Apropos Nothilfe: Die Landesparlamente fordern inzwischen immer lauter, von der jeweiligen Landesregierung einbezogen zu werden in weitere Entscheidungen zur Bekämpfung der Pandemie. Tatsächlich sind die Verantwortlichen gut beraten, künftig genauer und besser zu erklären, warum sie immer wieder einzelnen Gruppen der Gesellschaft Opfer zumuten, um die Infektionszahlen unter Kontrolle zu bringen und unter Kontrolle zu halten.

Inzwischen haben zumindest teilweise Gerichte die Aufgabe übernommen, die jeweiligen Anordnungen darauf zu überprüfen, ob sie angemessen sind. Klar ist: Selbst wenn die Impfmittel taugen, wird es dauern, bis die Pandemie auf diesem Wege unter Kontrolle gebracht werden kann. Weswegen es unverändert Disziplin braucht, auch wenn dieser Begriff nicht jedem gefällt.

## Ehrenmitglied Tanneberger †



Am 2. Oktober 2020 verstarb in Preetz unser langjähriges Vorstandsmitglied und späteres Ehrenmitglied Kurt Tanneberger im Alter von 88 Jahren. Der Bund der Steuerzahler hat Kurt Tanneberger viel zu verdanken. Als Mitglied des Vorstandes hat er sich engagiert für die Belange der Steuerzahler eingesetzt. Dabei haben wir von seinem umfangreichen Erfahrungsschatz als Bankdirektor und Interessenvertreter des Grundeigentümergebietes Haus und Grund profitiert. Mit seinen immer konstruktiven Anregungen hat er viele Impulse für unseren Verband geben können. Nach seinem Ausscheiden wurde er deshalb einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. Kurt Tanneberger bleibt uns in Erinnerung als ein Mensch, der seine Anliegen immer mit großer Freundlichkeit und viel Sympathie für seine Mitstreiter vorgebracht hat. Damit genoss er auch im Bund der Steuerzahler eine hohe fachliche Anerkennung und persönliche Wertschätzung. Bis zuletzt hat er die Kontakte nie abreißen lassen. Er war immer ein gerngesehener Gast im Kreis der Mitglieder. Wir sagen ein letztes Mal herzlichen Dank für sein Engagement.

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, www.nord-kurier.de, E-Mail: info@nord-kurier.de

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich

**Auflage:** 21.000, 49. Jahrg., 12/2020

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Tel. 0 43 34/18 91 18, E-Mail: info@linemedi.de

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel